

Rede Abschied Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin Nahles, sehr geehrter Herr Erzbischof Koch, lieber Herr Präsident Neher, meine Damen und Herren,

Bei einem Abschied nach mehr als 17 Jahren gilt es in erster Linie Dank zu sagen: Ich danke Ihnen, lieber Herr Neher, und Ihnen, lieber Herr Millies, für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Vorstand. Wir haben uns in unseren unterschiedlichen Rollen gut ergänzt und – trotz der widerspenstigen Eigenständigkeit, die einen Verband rechtlich selbständiger Träger zum Glück auszeichnet – vieles auf den Weg bringen können. Ich danke Herrn Prälat Puschmann, der Präsident war, als ich mein Amt antrat; ich danke für sein großes Vertrauen, das er mir entgegen gebracht hat. Ich freue mich, dass mein Vorgänger, Herr Schmitz-Elsen, heute mitfeiert. Ich danke den Abteilungsleitungen. Namentlich nenne ich die Personen in meinem Vorstandsbereich, Frau Wunderlich, Frau Gerdsmeyer und Herrn Dr. Becker für unseren Teamgeist, der mich sehr getragen hat, für den ständigen fachlichen Austausch. In meiner ersten Führungsfortbildung vor nun mehr als 20 Jahren bescheinigte mir der Coach, ich hätte einen sehr guten Führungsstil, der allerdings nur geeignet sei gegenüber Mitarbeitenden, die sowohl hochmotiviert als auch hochkompetent seien. Ich bin dankbar, dass ich in eine Position kam, in der ich in meiner direkten Personalzuständigkeit ausschließlich mit solchen Mitarbeitenden zu tun hatte. Ich danke den Referatsleiterinnen und Referatsleitern und den Mitarbeitenden in Freiburg, Berlin und Brüssel für ihre motivierte Arbeit, ich danke für die unzähligen fachlichen Debatten, das gemeinsame Ringen dabei, sozialen Problemlagen und Wirkungsketten auf den Grund zu gehen und praktikable Lösungen zu entwickeln. Die Caritas-Zentrale war in all den Jahren eine ideale Institution für meine persönliche Fortbil-

dung. Ich danke meiner Assistentin, Frau Otteny. Sie hat meinen beruflichen Alltag organisiert, stets unaufgeregt und in allem wach mitdenkend. Im sozialen Fachjargon, würde man sagen, sie war meine persönliche Alltagsbegleitung zur Sicherung der Tagesstrukturierung. Ich danke allen, auf der Sekretariats- und Verwaltungsebene, die im Hintergrund den Rahmen für unsere Arbeit schaffen.

Herzlich danke ich den vielfältigen Kooperationspartnern in Politik und Verbänden, mit denen ich zusammenarbeiten durfte. Ich freue mich, dass viele von ihnen heute Abend hier sind. Eine in diesem Aspekt glückliche historische Entwicklung hat uns einen subsidiär gestalteten Sozialstaat geschenkt, der auf eine kluge staatliche Rahmenordnung ebenso angewiesen ist wie auf verantwortlich handelnde Akteure in Staat und Zivilgesellschaft. Ich danke allen in der verbandlichen Caritas, auf der Diözesanebene, der Ortsebene, in den Fachverbänden, in den Diensten und Einrichtungen, an deren Wissen ich partizipieren konnte, für das gemeinsame Ringen um Positionen und die Zusammenarbeit. Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und im Deutschen Verein. Ich danke den vielen Politikerinnen und Politikern, die ganz offen für die Anliegen der Caritas und bereit waren, dicke Bretter zu bohren. Das zeigte mir stets, wie wohlfeil die Politikverachtung ist, die sich in Teilen der Gesellschaft und des öffentlichen Diskurses breit gemacht hat. Und Ich danke allen, mit denen ich in meiner Kirche und in den Kirchen zusammenarbeiten dürfte. Insbesondere danke ich für das konstruktive Miteinander von Caritas und Diakonie in vielen strategischen und fachlichen Fragen. Und ich danke herzlich meiner Frau für alle Unterstützung und Ermutigung, telefonisch, wenn ich unterwegs war, und leibhaftig in Freiburg, dem Zentrum meiner Abwesenheit.

Ich will – obwohl das in kurzen Worten zum Abschied kaum gelingen kann - in sehr groben Strichen einige Themen skizzieren, die für mich in den letzten mehr als 17 Jahren prägend waren. Gemessen an der den Sozialbereich prägenden DNA bin ich im Kern meiner Charakterstruktur durch ein Ökonomiestudium irreversibel verdorben worden. Diese Prägung erhielt ich in Freiburg mit der stark ordnungspolitischen Ausrichtung der dortigen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Das schließt ein erstmal eher positives Verhältnis zu Märkten und marktlichen Lösungen ein, wobei diese Märkte politisch gestaltet werden müssen. Ich empfand, als ich mein Amt antrat, die Haltung in den Verbänden und auch in der Caritas alles in allem doch als sehr marktkritisch bis marktfeindlich. Vielen galt die Existenz von Märkten sozialer Dienstleistungen als Fehlentwicklung oder gar als Ausbund des Neoliberalismus. Dominant war die Haltung, „das Soziale“ und „der Markt“ seien zwei unvereinbare Sphären. Aber diese Haltung führt in Widersprüche. Denn wir fordern Vielfalt und wir arbeiten für hilfeschuchende Bürger, die Wahlrechte haben und für deren Wahlrechte wir uns einsetzen. Wenn aber die Bürger entscheiden, ob sie sich in einer Einrichtung der Caritas, der Diakonie, der AWO oder eines privat-gewerblichen Trägers helfen lassen wollen, und wenn – was unvermeidbar ist- die staatliche Refinanzierung dieser Wahlentscheidung folgt – dann stehen Träger nolens, volens im Wettbewerb. Dann geht es um die Frage, wie Märkte zu gestalten sind, damit sie den Interessen der Bürger dienen. Die Gefährdungen des Sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses, der Versuch von Leistungsträgern, in weitem Umfang Dienstleistungen nach Vergaberecht auszuschreiben, haben diese ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe klar verdeutlicht. Mir lag daran, dass die Debatte hierzu geführt wird. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Wohlfahrtsverbänden ist es gelungen, das Sozialrechtliche Dreiecksverhältnis in europäischen Richtlinien wie der Vergabe- und der Kon-

zessionsrichtlinie abzusichern. Ohne eine ordnungspolitisch fundierte Argumentation wäre dies in Brüssel nicht möglich gewesen.

Ein weiteres Thema, das mich kontinuierlich umgetrieben hat, waren Glaubwürdigkeit und Konsistenz des sozialpolitischen Lobbying. Unser Sozialstaat ist unvermeidlicherweise komplex, muss unterschiedlichste Interessen austarieren, interveniert über Wirkungsketten, die häufig unsicher sind – und er muss zu allem natürlich auch noch finanziert werden. Er ist in einem kontinuierlichen Prozess des Umbaus. Nicht, weil wir – wie häufig gegen alle Empirie behauptet wird – Opfer eines kontinuierlichen Sozialabbaus wären. Wir hatten und haben die Daueraufgabe, sozialstaatliche Sicherung auch unter sich stark wandelnden Bedingungen zu ermöglichen: lange Zeit eine hohe und wachsende Arbeitslosigkeit, die Herausforderungen der Wiedervereinigung, die wachsende internationale Konkurrenz und der demographischen Wandel. Blendet man diese Herausforderungen nicht aus, so kann sozialpolitisches Lobbying nicht vorrangig auf Abwehr gerichtet sein. Man kommt dann nicht umhin, die Tragfähigkeit der Sicherungssysteme und die fiskalischen Folgen sozialpolitischer Leistungszusagen zu berücksichtigen. Das geht nicht, ohne sich dabei dem Zwang auszusetzen, Prioritäten zu setzen und nicht einfach additiv alles zu fordern, was wünschenswert oder nützlich sein könnte. Das zwingt dann auch dazu, Konsistenz zwischen den Positionen zu unterschiedlichen Politikfeldern herzustellen. Den Interessen von Kranken, Pflegebedürftigen, Langzeitarbeitslosen, Armen oder Familien kann man nicht gemeinsam gerecht werden, ohne Mitverantwortung für das Gesamtsystem sozialer Sicherung wahrzunehmen. Dieses Ringen nach Konsistenz prägte die Zusammenarbeit im Vorstand und die fachliche Arbeit in der Zentrale. Ich bin dankbar, dass es möglich war, dass die Caritas, um ein Beispiel zu nennen, unmittelbar nachdem Franz Müntefering dies auf den Weg brachte, die schrittweise Erhö-

hung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre als eine legitime Bewältigungsstrategie würdigte, wenn gleichzeitig – was sich ja nun langsam abzeichnet – die Diskriminierung älterer Erwerbstätiger auf dem Arbeitsmarkt verringert wird. Es ist alles andere als fair, wenn man es allein den Sozialpolitikern überlässt, die unvermeidlichen auch unangenehmen Seiten des Umbaus der sozialen Sicherung öffentlich zu vertreten. Das erfordert die Bereitschaft, das Risiko einzugehen, vermeintlich auch mal auf „der falschen Seite“ zu stehen und vielleicht auch heftige innerverbandliche Debatten in Kauf zu nehmen. Diese sind aber notwendig, denn entgegen dem ersten Anschein ist nicht immer so einfach auszumachen, wo „das Gute“ wirklich steht. Zu unserer Gesamtverantwortung gehört auch, sich der Frage zu stellen, wie soziale Sicherung in einer demokratischen Gesellschaft mehrheitsfähig bleibt und auch diejenigen vom Nutzen einer guten sozialen Sicherung zu überzeugen sind, die, real oder vermeintlich, mehr dafür zahlen als sie erhalten.

Dieses Gefühl ist insbesondere in der Mitte der Gesellschaft verbreitet. Wir sind in Deutschland in der Gefahr, einen Niedergangsdiskurs zu führen, der sich weit von der Empirie eines insgesamt doch prosperierenden Landes löst und breite Teile der Gesellschaft erfasst. Es gibt eine verbreitete Zukunftsangst. Viele sind fest davon überzeugt, zur letzten Generation zu gehören, der es besser ging als der Generation ihrer Eltern. Verbreitet ist die Angst, die eigenen Kinder könnten den Lebensstandard, den man selbst erreicht habe, nicht halten und sie würden ihre Position in der Mitte der Gesellschaft verlieren. Diese Stimmung ist einer der Faktoren, so glaube ich, der die populistische Bedrohung erklären, die die westlichen Demokratien heimsucht. Diese Stimmung ist schädlich für die sozialpolitischen Anliegen der verbandlichen Caritas. Denn eine Mitte in Panik schottet sich nach unten ab. Wenn breite Teile der Bevölkerung das Gefühl haben, genau sie wären es, die zu wenig bekommen

oder zu viel bezahlen, dann wird der Druck auf die Politik hoch, vielen etwas zu versprechen, dabei eher vage zu bleiben und gleichzeitig Erwartungen zu wecken, die letztlich keine Regierung erfüllen kann. Ich meine wahrzunehmen, dass sich diese Gefahr im heraufziehenden Bundestagswahlkampf bereits abzeichnet. Eine gezielte Sozialpolitik, die die Teilhabechancen von Benachteiligten fördert, wird dann sehr schwierig. Wem eine Politik für Benachteiligte am Herzen liegt, sollte also kein Öl in das Feuer des Niedergangsdiskurses gießen.

Die verbandliche Caritas ist eine Kraft der mit langem Atem betriebenen reformerischen Alltagsarbeit. Dies ist Stückwerk, um mit Karl Popper zu sprechen, weil sich nur so die komplexe Realität verändern lässt. Dieses Stückwerk sollten wir nicht als Klein-Klein diskreditieren, auch das eine verbreitete Floskel in unserer Sozialstaatsdebatte. Die Caritas hat sehr konsequent in den Diskurs zur sozialen Gerechtigkeit die Befähigungsgerechtigkeit eingebracht. Ohne sie ist der Katalog der Gerechtigkeiten unvollständig. Die größte Herausforderung für die reformerische Alltagsarbeit ist es, den an sich ja sehr leistungsfähigen Sozialstaat in Deutschland stärker am Prinzip der Befähigung auszurichten, damit er wirksamer als heute dazu beiträgt, Notlagen in ihrer Entstehung zu verhindern. Hier ist unendlich viel zu tun. Und ein Sozialdiskurs ohne Niedergangsrhetorik beinhaltet nicht die Aufforderung, die Hände in den Schoß zu legen. Schritte hin zu einer Sozialpolitik der Befähigung, das wäre ein sehr lohnendes Feld für die reformerische Alltagsarbeit der nächsten Legislaturperiode. Als Kraft der Befähigung ist die Caritas in all ihren Rollen, als sozialpolitischer Akteur, als sozialer Dienstleister und als Förderer zivilgesellschaftlichen Engagements gefordert. Ich danke allen, mit denen ich so viele Jahre zu den genannten und vielen anderen Themen und Herausforderungen ringen durfte. Ich hoffe, künftig auf andere Weise und in anderer Rolle diese Anliegen unterstützen zu können. Und ich wünsche

meiner Nachfolgerin im Amt des Vorstands Sozial- und Fachpolitik, Ihnen, liebe Frau Welskop-Deffaa, alles Gute und Gottes Segen.